

**Von:** [Uwe Kekeritz MdB](mailto:Uwe.Kekeritz.MdB)  
**An:** [antwort@rentenpolitikwatch.de](mailto:antwort@rentenpolitikwatch.de)  
**Thema:** AW: mit Erläuterung - RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort  
**Datum:** Mittwoch, 2. November 2016 08:57:30  
**Anlagen:** \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

---

Hier nun die Antworten von Herrn Kekeritz:

Zu 1)

Teilweise. Die Rentenkommission der Grünen hat sich dem Thema des Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rente gesondert gewidmet. Den Abschlussbericht können Sie hier nachlesen: [https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/GRUENE\\_Abschlussbericht\\_Rentenkommission.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf) Hiernach wird klar, dass die Legitimität der gesetzlichen Rentenversicherung nur dann gewahrt wird, wenn langjährig Versicherten keine Armut droht und wenn sich eigene Beiträge tatsächlich lohnen. Letzteres gilt für kleine, mittlere und hohe Einkommen gleichermaßen. Denn nur wem trotz langjähriger Beitragszahlung im Rentenalter keine Sozialhilfe droht oder wem die Möglichkeit eröffnet wird, den Lebensstandard jenseits der Armutsgrenze zu sichern, wird der gesetzlichen Sozialversicherung langfristig Vertrauen schenken. Wir setzen daher auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau und einer Garantierente. Was das konkret bedeutet, wird auf dem Parteitag der Grünen Anfang November beschlossen. Der Bundesvorstand schlägt in seinem Entwurf für einen Leitantrag vor, dass das heutige Rentenniveau nicht weiter fallen sollte: [https://bdk.antragsgruen.de/40/Wir\\_investieren\\_in\\_Gerechtigkeit-38726](https://bdk.antragsgruen.de/40/Wir_investieren_in_Gerechtigkeit-38726)

Zu 2)

Ja. Die Grünen setzen sich schon seit langer Zeit für eine steuerfinanzierte Garantierente ein, die langjährig Versicherten eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus garantiert. Die Einzelheiten unseres Konzeptes finden Sie hier: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713493.pdf>

Zu 3)

Ja. Soziale Sicherungssysteme müssen verlässlich, solidarisch und gerecht gestaltet werden. Ziel muss daher eine Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflege- sowie der Rentenversicherung sein, in die alle Bürgerinnen und Bürger unter der Berücksichtigung aller Einkunftsarten einbezogen werden. So sind sie gut abgesichert und versorgt und können sich entsprechend ihrer Einkommen an der Finanzierung beteiligen.

zu 4)

Teilweise. Die Rentenkommission der Grünen Partei hat beschlossen, die Einnahmesituation der Rentenkasse nachhaltig zu verbessern. Hierfür sind mehrere Maßnahmen notwendig, die auch aus gesellschaftspolitischen Gründen unsere Unterstützung finden. So muss sich z.B. der Bund stärker als bisher an den so genannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenkasse beteiligen. Es kann nicht sein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente einseitig zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung gehen. Bei den Förderbeiträgen der Rentenversicherung sehen mehrere Anträge von Partei und Fraktion vor, zu jeder Zeit freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule zu entrichten, die dann entsprechend zur Riester-Förderung gefördert werden.

zu 5)

Teilweise. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die Riester-Rente grundlegend zu reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einzuführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat in der Vergangenheit Fehlallokationen zulasten der Geringverdiener\*innen nach sich gezogen. Bei der Frage der nachträglichen Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung befinden uns derzeit in einem fraktionsinternen Abstimmungsprozess. Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur EM-Rente aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab. Bei der Renteneinheit sind wir die einzige Fraktion, die sofort eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West fordert.

Mit besten Grüßen

i.A. Christian Schneider

-----  
Uwe Kekeritz MdB

Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Sprecher für Entwicklungspolitik  
Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
D-11011 Berlin

Tel: +49 (0)30-227-77346  
Fax: +49 (0)30-227-76346  
Mail: [uwe.kekeritz@bundestag.de](mailto:uwe.kekeritz@bundestag.de)  
Web: [www.uwe-kekeritz.de](http://www.uwe-kekeritz.de)  
Twitter: @UweKekeritz

-----  
Uwes Update abonnieren.  
<http://www.uwe-kekeritz.de/newsletter.html>

---

**Von:** kontakt@rentenpolitikwatch.de [mailto:kontakt@rentenpolitikwatch.de]

**Gesendet:** Montag, 11. April 2016 10:56

**An:** Uwe Kekeritz MdB <uwe.kekeritz@bundestag.de>

**Betreff:** mit Erläuterung - RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort

Herr Uwe Kekeritz  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Betrifft:** Bitte um Auskunft über Ihre rentenpolitischen Ziele

Sehr geehrter Herr Kekeritz,

Sie sind Abgeordneter des Bundestages bzw. kandidieren zur Bundestagswahl im Herbst 2017.

Ein immer dringender werdendes Problem, das bundespolitisch zu lösen ist, wird die Abwehr von millionenfacher Altersarmut bzw. die Verhinderung der Lebensstandardsenkung für alle heutigen und zukünftigen RentnerInnen sein. Diese Problematik betrifft weit über 90% der Bevölkerung in unserem Land. Es handelt sich also keinesfalls um ein Randproblem.

Um hier Transparenz über die Positionen der Abgeordneten bzw. KandidatInnen zum Bundestag herzustellen und den WählerInnen Entscheidungshilfe zu geben, richten wir die folgenden Fragen an Sie.

Ihre Antworten, oder auch Nichtantworten, werden wir über das Internetportal

[www.rentenpolitikwatch.de](http://www.rentenpolitikwatch.de)

veröffentlichen. Folgende Fragen stellen wir Ihnen (es folgt ein kurzgefasster Überblick – eine ausführlichere Erläuterung zu den Fragen erfolgt im Anhang):

1. **Lebensstandard im Alter sichern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche